



Petra Hinz
Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgeordnetenbüro
Petra Hinz, MdB
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Paul-Löbe-Haus
Zi. 1.642
☎ (030) 227 – 79 000
📠 (030) 227 – 76 001
✉ petra.hinz@bundestag.de

www.petra-hinz.de

Petra Hinz, MdB · Platz der Republik 1 · 10557 Berlin

Herrn
Stefan Dolge
Essen

- per Email -

Berlin, 17. Januar 2006

Erhöhung der Mehrwertsteuer Ihre Email vom 15. Januar 2006

Sehr geehrter Herr Dolge,

haben Sie vielen Dank für Ihre Email vom 15. Januar 2006, in der Sie sich gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aussprechen und auf meine diesbezüglichen Aussagen in meiner Wahlkampfbroschüre hinweisen.

Sie haben Recht, dass ich mich im Wahlkampf deutlich gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen habe. Hierzu stehe ich auch nach wie vor. Ich habe mich in den Fraktionsgremien selbstverständlich gegen eine Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag ist allerdings vereinbart worden, den Mehrwertsteuersatz zum 01.01.2007 um drei Prozentpunkte auf 19 % zu erhöhen. Davon steht dem Bund ein Prozentpunkt zur Senkung der Lohnzusatzkosten zu. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % bleibt zur Wahrung der sozialen Balance unverändert.

Das Wahlergebnis vom 18. September hat leider eine vollständige Umsetzung des Wahlprogramms der SPD unmöglich gemacht. Eine Regierungsbildung war faktisch nur in Form der großen Koalition mit den Unionsparteien möglich. Damit war auch klar: Wer in einem solchen Bündnis 50 Prozent darstellt, kann seine Positionen nicht zu 100 Prozent durchsetzen. Ich halte eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über die Stärkung des Wachstums und den Abbau von Steuersubventionen weiterhin für richtig und realistisch. Die Mehrwertsteuererhöhung war jedoch eins der zentralen Projekte der Union und deshalb nicht verhandelbar. Die Mehrwertsteuererhöhung ist also eine „schwarze Kröte“, die die SPD schlucken musste. Mit diesem Zugeständnis an die Union waren jedoch wichtige Verhandlungserfolge im Bereich der Steuerpolitik, der Arbeitnehmerrechte, der Familienförderung, der Bildungspolitik und in vielen anderen Politikbereichen verbunden.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer konnten wir immerhin folgendes erreichen:

1. Die Erhöhung wird statt 2006 erst 2007 kommen, um die Möglichkeit zu schaffen, die Konjunktur im nächsten Jahr anzukurbeln.
2. Mit dem Impulsprogramm (25 Milliarden Euro in vier Jahren) und einigen Sofortmaßnahmen im diesem Jahr werden Rahmenbedingungen für eine Erholung der Konjunktur geschaffen.



Petra Hinz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 17. Januar 2006

3. Der ermäßigte Steuersatz auf Lebensmittel, Personennahverkehr, Bücher und Zeitungen bleibt bei 7 % und wird nicht angehoben. Auch das stand seitens der CDU zur Diskussion.
4. Die befürchteten Auswirkungen auf das Handwerk werden durch die Möglichkeit kompensiert, Handwerkerrechnungen anteilig auf die Steuerschuld anzurechnen.

Bei der Verbesserung der Einnahmesituation von Bund und Ländern wollen wir uns nicht nur auf die Erhöhung des Mehrwertsteuer-Satzes beschränken. Die Lasten einer weiteren Konsolidierung der Staatshaushalte werden vielmehr sozial ausgewogen verteilt. Im Einzelnen geht es um folgende Maßnahmen, die auch Sie in Ihrer Email angesprochen haben:

1. Steuerbetrug konsequent bekämpfen

Die konsequente Bekämpfung des Steuerbetrugs ist ein entscheidender Punkt bei der Verbesserung der Einnahmesituation von Bund und Ländern. Dabei steht die Zuständigkeit der Länder einer effektiven Betrugsbekämpfung vielfach entgegen. Im Rahmen der Vereinbarungen zur Föderalismusreform haben wir bereits einige Festlegungen zur Stärkung der Bundeskompetenzen erreicht: Wir werden von den zugewiesenen Möglichkeiten, die Prüfungsdienste zu koordinieren und die Steuerkriminalität zu bekämpfen, Gebrauch machen. Wir werden darüber hinaus prüfen, inwieweit den zuständigen Verfolgungsbehörden weitere Instrumente an die Hand gegeben werden müssen, um Umsatzsteuerbetrug effektiver aufspüren zu können. Notwendig ist eine Ablösung des geltenden Systems mit Vorsteuerabzugsmöglichkeit für Umsätze zwischen Unternehmen, um national und international organisierten Steuerbetrug zu unterbinden und den Verlust von Steuersubstrat bei Unternehmensinsolvenzen zu verhindern. Auf europäischer Ebene wollen wir darauf hinwirken, die rechtlichen Voraussetzungen für diese Systemumstellung zu schaffen.

2. Hohe Einkommen stärker besteuern, Steuerschlupflöcher schließen

Im Bundestagswahlkampf haben wir uns gegen eine von der Union geplante weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes gewandt und diese Position auch in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Eine generelle Erhöhung des Spitzensteuersatzes war und ist mit der Union nicht zu erreichen. Allerdings ist es gelungen, mit der „Reichensteuer“ eine Steuererhöhung für Spitzenverdiener durchzusetzen.

Die Beschränkung legaler Steuersparmodelle haben wir nicht nur als Ziel im Koalitionsvertrag verankert, sondern auch dafür gesorgt, dass die neue Rechtslage für Medien- und Schiffsfonds bereits ab 1. Januar 2006 gilt.

Ich bin der Auffassung, dass wir im Rahmen der Koalitionsverhandlungen viel erreicht haben – nicht nur im Bereich der Steuerpolitik, sondern auch bei Arbeitsmarkt, Familie und anderen wichtigen Politikfeldern.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Hinz, MdB